SPD-Unterbezirk Göttingen
SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont
SPD-Unterbezirk Holzminden
SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck
SPD-Unterbezirk Osterode am Harz

Südniedersachsenkonferenz 23. Januar 2010, Moringen

Resolution

Nachhaltige Zukunftsperspektive für Südniedersachsen

Südniedersachsen ist eine Region mit vielfältigen Potentialen. Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, öffentliche Verwaltung und kommunale Politik haben über Jahrzehnte eine gute Entwicklung ermöglicht.

Um zukünftig den Menschen in Südniedersachsen eine gute Perspektive geben zu können, bedarf es auch weiterhin der Zusammenarbeit aller Akteure. Insbesondere Behörden und Kommunale Gebietskörperschaften müssen sich einer ständigen Aufgabenkritik und Strukturrevision unterziehen. Kommunale Selbstverwaltung und Dienstleistungsangebote müssen ebenfalls auf ihre Zukunftstauglichkeit hin überprüft und ggf. neu aufgestellt werden.

Folgen des demografischen Wandels

Die Auswirkungen des demografischen Wandels zeigen sich in unserer Region besonders nachteilig. Lebten im Jahre 2002 in Südniedersachsen rund 580.000 Menschen, so werden es im Jahre 2012 voraussichtlich nur noch 550.000 Menschen sein, das heißt, wir erwarten einen Rückgang um 5,4 %. Besonders gravierend ist dabei, dass der Anteil der 30 bis 44-Järigen um über ein Drittel schwinden wird. Der massive Bevölkerungsrückgang führt zu erheblichen Einbrüchen bei der Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen sowie bei der Wirtschafts- und Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden.

Kommunale Haushalte

Mit Blick auf die aktuellen Haushaltslagen, die mittel- und langfristigen Finanzplanungen und die anhaltenden Konsolidierungsaktivitäten ist festzustellen, dass die Möglichkeiten der Ausgabenreduzierungen und der eigenständigen Einnahmeverbesserungen weitgehend ausgeschöpft sind. Weitere dramatische Einnahmeverluste der kommunalen Ebene zeichnen sich durch die derzeitige Bundes- und Landespolitik ab.

Landespolitik

Zukunftsfähige kommunale Strukturen tragen den beschriebenen Problemlagen Rechnung. Sie zu entwickeln ist nach der Niedersächsischen Landesverfassung Aufgabe des Landesgesetzgebers und der Landesregierung. Wir stellen jedoch fest: Die CDU/FDP-Landesregierung packt das Thema aufgrund der Erfahrungen mit der Gebietsreform 1973/74 mit spitzen Fingern an. In Abstimmung mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) hatte die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag zur Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunftsfähiges Niedersachsen-leistungsfähige Kommunen, bürgernahe Verwaltung“ in den Landtag eingebracht. Diesen Antrag hat die CDU/FDP-Koalition am 20.1.2010 erneut abgelehnt. Das ist unverantwortlich und schlecht für unsere Region und das ganze Land.

Die Position der SPD

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns mit dieser verantwortungslosen Politik nicht abfinden. Die SPD in Südniedersachsen stellt fest, dass wir kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit seitens der jetzigen Landesregierung haben. Es muss Schluss sein mit der Untätigkeit der Landesregierung. Bestrebungen zu mehr Zusammenarbeit und Ideen für neue Strukturen dürfen weder isoliert noch zufällig und schon gar nicht unter Zeitdruck vorangetrieben werden. Jede Insellösung blockiert eine zukunftsweisende Entwicklung für unsere Region und darüber hinaus für ganz Niedersachsen. Deshalb werden wir uns auch nicht von einzelnen Akteuren unter Druck setzen lassen.

Unser Weg:

Im Sinne des Zukunftsvertrages, den das Land Niedersachsen mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen hat, muss es vielmehr darum gehen, einen erfolgreichen Prozess zu organisieren, der von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung und den politisch Verantwortlichen vor Ort getragen wird. Größtmögliche Transparenz und Behutsamkeit sind dafür unabdingbare Voraussetzungen. Sorgfalt geht vor Eile!

- Unser Ziel sind bürgernahe Verwaltungen. Das erfordert sowohl die Stärkung der Selbstverwaltung durch Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen bei strikter Anwendung des Konnexitätsprinzips als auch die nachhaltige Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit von kommunalen Gebietskörperschaften.

- Wir wollen strukturelle Defizite beseitigen, um die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer kommunalen Gebietskörperschaften nachhaltig zu sichern. Dafür sind alle Möglichkeiten von einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit bis hin zur Bildung neuer Gebietskörperschaften zu prüfen. Entscheidend sind nicht neue künstliche Gebilde, sondern finanziell handlungsfähige und zukunftsfähige Kreise mit ihren Städten und Gemeinden.

- In diese Strukturdebatte muss die gesamte Region Südniedersachsen einbezogen werden, d.h. die Gebietskörperschaften, die daran Interesse haben. Dazu erwarten wir intensive vorbereitende Gespräche sowohl von Seiten der Landräte/Oberbürgermeister als auch der kommunalen Selbstverwaltungen.

- Nach diesem Klärungsprozess sollte ein ergebnisoffenes Strukturgutachten von den sich beteiligenden Gebietskörperschaften in Auftrag gegeben werden, das mögliche Synergien und Handlungsschritte aufzeigen soll. Dabei ist die gemeinsame Erklärung von Landesregierung und Spitzenverbänden einzubeziehen.

- Menschen in allen Lebenslagen, gesellschaftliche Gruppen, Unternehmen, Behörden und Politik sollen in einem transparenten Prozess mit hoher Qualität zukunftsfeste Strukturen erarbeiten. Mit unserer abgestimmten politischen Arbeit werden wir maßgeblich dazu beitragen, dass sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die ehrenamtlichen kommunalpolitischen Mandatsträger in diesen Prozesseingebunden sind und mitgenommen werden.

- Die Umsetzung einer Strukturreform kann ggfs. in Stufen erfolgen. Eine Umsetzung zur nächsten Kommunalwahl 2011 ist allerdings unrealistisch. (Anmerkung: Die Gebiets- und Verwaltungsreform 1973/74 hatte einen Vorlauf von mehr als sieben Jahren)

- **Wir sind sicher: Eine solche Vorgehensweise wird zu einem guten, tragfähigen und zukunftsweisenden Ergebnis für ganz Südniedersachsen führen.**